

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/171

Bonn, den 9. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 1a	Positive Bilanz ----- Die deutsch-französischen Konsultationsgespräche in Bonn	70
2	Norwegen ----- Großer Wahlerfolg der Sozialdemokraten	31
3	Folgeschwere Rechenfehler ----- Die falschen Prognosen des früheren Wohnungsbauministers Lücke Von Dr. Paul Nevermann	41
4 - 5	Prag in Sorge um die Schuljugend ----- "Traditionelle Freundschaft mit der Jugend der Sowjetunion" soll aktiviert werden Von Igor Valentin, Prag	72

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Sich vor Realitäten nicht beugen
Ehmke: Gegen völkerrechtliche Festschreibung der Oder-Neiße-Linie
Dem Recht zum Siege verhelfen
An die Regierungserklärung erinnert
Die Verantwortung der freien Bürger
Löbe am 7. September 1969
Kreutzer übernahm in Berlin neue Aufgabe
Deutsche Handelsmission in Prag

Positive Bilanz

Die deutsch-französischen Konsultationsgespräche in Bonn

sp - Die deutsch-französischen Konsultationsgespräche in Bonn haben trotz der etwas schwierigen Situation, in der sie stattfanden, Wahlkampf in der Bundesrepublik und sich ständig steigende Angriffe der "reinen Gaullisten" auf Pompidou in Frankreich - einige positive Ergebnisse gezeitigt. Die französische Regierung und die Bundesregierung sind übereingekommen, möglichst noch in diesem Jahre ein europäisches Gipfeltreffen durchzuführen und hierbei intensiv die Frage der Festigung und Erweiterung des EWG-Europa zu erörtern.

Daß dies möglich ist, kann nicht zuletzt der zähen, geduldrigen und pragmatischen Vorarbeit von Bundesaußenminister Willy Brandt zugeschrieben werden. Er war es, der in den letzten Wochen unermüdlich die Kontakte mit den Hauptstädten Europas ausbaute, Mißverständnisse abbaute und besonders bei den kleineren Partnern Frankreichs und der Bundesrepublik, sowie bei den neutralen und beitrittswilligen Staaten dafür sorgte, daß früher oft gehegte Befürchtungen im Hinblick auf einen möglichen europäischen Führungsanspruch Frankreichs, der Bundesrepublik oder beider Länder zusammen, ausgeräumt werden konnten.

Beinahe wäre während der Konsultationsgespräche selbst noch etwas schiefgegangen. Die in letzter Zeit und besonders während des Wahlkampfes von CDU- und CSU-Politikern mehrfach geäußerte Hoffnung auf das Zustandekommen einer "atomaren europäischen Verteidigungsgemeinschaft" wurde von französischer Seite mit äußerster Skepsis bedacht. Wohl deswegen sah sich Staatspräsident Pompidou veranlaßt, in seiner Tischrede am Montagabend mit Nachdruck zu erklären: "Frankreich widersetzt sich entschieden jeder Blockpolitik".

Nach Klärung dieses die Gespräche schon vor ihrem Beginn belastenden Themas konnte konkret darüber gesprochen werden, welche Aufgaben der europäischen Gipfelkonferenz zugedacht sind. Hierbei wird es um den inneren Ausbau der Gemeinschaften, deren Erweiterung und um die Aktivierung der politischen Zusammenarbeit der EWG-Partner gehen. Bei den Konsultationen zeigte sich insofern eine unterschiedliche Nuancierung der Standpunkte, als Frankreich vordergründig die politische Zusammenarbeit der sechs EWG-Partner, die Bundesrepublik jedoch

eine Erweiterung des Kreises der Sechs auf die beitriftswilligen Staaten vorziehen würde. Einig ist man sich jedoch darüber, daß die Festigung der politischen Partnerschaft im Rahmen der EWG die beste Voraussetzung für weitere Schritte auf diesem Gebiet sein wird. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß von französischer Seite kein Einspruch gegen die Wiederbelebung der WEU angemeldet wird.

Bezüglich der bilateralen Arbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik hat Staatspräsident Pompidou auch Kritik angemeldet. Er meinte, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder, aber auch die gemeinsame Forschung und die Spracherziehung einiges zu wünschen übrig lasse, worauf deutscherseits versichert wurde, man werde diesen Problemen eine stärkere Aufmerksamkeit als bisher widmen.

Die französischen Gesprächspartner haben hierbei einige Besorgnisse darüber geäußert, daß sich deutsche Firmen vornehmlich in den französischen Grenzprovinzen Elsaß und Lothringen ansiedeln, anstatt lohnendere Investitionen etwa in Mittel- oder Südfrankreich vorzunehmen. Auch dieses Problem soll bei künftigen bilateralen Gesprächen zwischen Paris und Bonn noch aufmerksamer beobachtet werden, da man sich im Prinzip darüber einig ist, daß eine europäische Strukturpolitik auf längere Sicht selbstverständlich auch jene Gebiete berücksichtigen müsse, die heute noch als unerschlossen oder rückständig gelten.

Französischerseits wurde während der beiden Konferenztage mehrfach auf das fruchtbare Gespräch verwiesen, das Bundespräsident Dr. Dr. G. H e i n e m a n n, gemeinsam mit Bundesaußenminister Willy Brandt, mit dem französischen Staatspräsidenten Georges P o m p i d o u geführt hat. Die ursprünglich im Protokoll vorgesehene Gesprächsdauer wurde weit überschritten, woraus zu schließen ist, daß sich die beiden Präsidenten viel mehr zu sagen hatten, als dies bei Treffen der früheren deutschen und französischen Präsidenten der Fall war.

Ähnlich wie bei dem letzten deutsch-französischen Konsultationsgespräch in Paris, das Bundesaußenminister Willy Brandt kurz nach Rücktritt de Gaulles mit dem neuen Staatspräsidenten Pompidou und den übrigen Mitgliedern der französischen Regierung führte, war auch diesmal in Bonn die Atmosphäre gelockert, aufgeschlossen und von dem beiderseitigen Willen getragen, sowohl die deutsch-französische Zusammenarbeit als auch das europäische Einigungswerk zu festigen und weiter auszubauen.

Norwegen

Großer Wahlerfolg der Sozialdemokraten

sp - Norwegen hat die interessanteste und aufregendste Parlamentswahl seit dem Ende des letzten Weltkrieges hinter sich. Zum erstenmal seit 35 Jahren hatte sich eine aus vier Parteien rechts von der Sozialdemokratie zusammengesetzte Regierung den Wählern zu stellen. Eindeutiger Sieger wurden die Sozialdemokraten. Sie vermehrten ihre Mandate im Storting von 68 auf 74; nur zwei Sitze fehlen ihnen zur absoluten Mehrheit. Die Splittergruppe der "Sozialistischen Volkspartei", bisher mit zwei Mandaten vertreten, verschwand von der parlamentarischen Bildfläche; diese Gruppe von politischen Sektierern dürfte wohl endgültig ausgespielt haben.

Innerhalb der sich bürgerlich nennenden Parteien gab es wohl einige Verschiebungen, doch insgesamt erlebten sie einen empfindlichen Rückschlag. Ihre Mandatszahl fiel von 80 auf 76 zurück. Die von Per Borten geführte Regierung will zwar am Ruder bleiben, doch geht sie angesichts der knappen Stimmenverhältnisse - ihr Vorsprung beträgt nur zwei Mandate - einer ungewissen Zukunft entgegen.

Den Ausschlag bei dem Wahlausgang gaben wohl die 300 000 Jungwähler. Ihre Organisationen beeinflussten in starkem Maße die Kandidatenaufstellung. 60 Abgeordnete vom alten Storting sind im neuen Parlament nicht mehr vertreten. Sie wurden durch jüngere Kräfte ersetzt. Verdiente Männer der norwegischen Arbeiterpartei wie der frühere Ministerpräsident Einar Gerhardsen und der langjährige Außenminister Halvard Lange stellten sich nicht mehr zur Wiederwahl.

Die Regierung Per Borten hat im großen und ganzen die von ihren sozialdemokratischen Vorgängern geschaffenen Grundlagen der norwegischen Politik unangetastet gelassen. Weder wagte sie, an der bestehenden Sozialgesetzgebung zu rütteln, noch gab sie den staatlichen Einfluß an der Wirtschaftslenkung preis. Sie hielt sich an das, was sie bei ihrem Amtsantritt vorfand, und dies kam den Sozialdemokraten zugute. Die Scharte von 1945 ist fast wieder wettgemacht. In allen skandinavischen Ländern befindet sich die Sozialdemokratie auf dem Wege nach vorn.

Folgeschwere Rechenfehler

Die falschen Prognosen des früheren Wohnungsbauministers Lücke

Von Dr. Paul Nevermann

Die ersten Ergebnisse der Wohnungszählung 1968 decken erschreckende Differenzen zur Errechnung von 1956 auf: In 10 Großstädten ist der Wohnungsfehlbestand noch heute um 71.353 Wohnungen größer, als man aufgrund der fortgeschriebenen Statistik bisher angenommen hatte. Außerdem wohnen mehr als 3 % aller Mieter in schlechten Unterkünften. 2 % der Mehr-Personenhaushalte wohnen in Unvermieteten; von Alleinstehenden ganz zu schweigen, für die aber auch gesorgt werden muß.

In den 10 Städten ist heute die Wohnungslücke im Durchschnitt noch 3,8 %, während der frühere CDU-Minister Lücke schon 1959 davon ausging, daß der Fehlbestand unter 3 % lag.

Und das ist nun das Schlimme: Auf dieser Falschberechnung basierte die Wohnungspolitik des Herrn Lücke! So mußte es zu einer folgenschweren Fehlentscheidung kommen: Die "Weißen Kreise" wurden viel zu früh eingeführt. Das hat vielen, vielen Staatsbürgern und Familien sorgenvolle Jahre bereitet. In allen "Weißen Kreisen" gab es eine große Zahl grundloser Kündigungen und Mieterhöhungen. Die sogenannte "Sozialklausel" (§ 556a BGB), wie sie Herr Lücke entworfen hatte, nützte den Mietern so gut wie nichts. Erst Bundeswohnungsminister Lauritzen hat einen brauchbaren Kündigungsschutz durchgesetzt.

Dabei hatte ich Bundesminister Lücke im Bundesrat vor der zu frühen Einführung der "Weißen Kreise" gewarnt; aber Herr Lücke wollte das Dogma der freien Marktwirtschaft im Wohnungswesen um jeden Preis durchsetzen. Er sagte am 12.11.1959 im Bundestag:

- * "Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Statistiken einen viel höheren Bedarf aufweisen, als in Wirklichkeit besteht."

Wie kam er bloß zu dieser unmöglichen Aussage? Man faßt sich an den Kopf! In einem Interview mit der Zeitung "7 Tage" erklärte der Irrtums-Minister im März 1965:

- * "Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine echte Wohnungsnot mehr! Rechnerisch sind genügend Wohnungen da."

Dieser Minister irrte über die Wohnungsnot und über die Folgen seiner Politik: Im Bulletin der Bundesregierung gab Lücke folgende Prognose:

- * "Schon heute kann gesagt werden, daß es nicht nur Anhebungen, sondern auch Mietsenkungen geben wird."

Lücke meinte, durch sein Abbaugesetz würde es "Wilde Mieten nicht geben", sondern nur Erhöhungen um 10 bis 15 DM im Monat, für Rentner unter 10 DM. Jeder Mieter weiß heute, was nach 1959 passierte. Die damalige Wohnungspolitik war einfach leichtfertig. Dies wurde von mir und vielen anderen vorausgesagt, heute ist es erwiesen.

Prag in Sorge um die Schuljugend

"Traditionelle Freundschaft mit der Jugend der Sowjetunion" soll aktiviert werden

Von Igor Valentin, Prag

Der Beginn des neuen Schuljahres in der Tschechoslowakei (Anfang September) steht ohne Zweifel unter dem nachwirkenden Eindruck der Ereignisse am 21. August, als es in Prag und anderen Städten Böhmens und Mährens zu Demonstrationen gegen die sowjetischen Besatzer gekommen war, an denen sich in erster Linie jugendliche Menschen aller Schichten beteiligt hatten. Es kam dabei nicht nur zu Zusammenstößen mit der Polizei und den aufgebotenen Betriebsmilizen, es kam auch zu Gewalttätigkeiten und schweren Sachbeschädigungen sowie zum Gebrauch von Schusswaffen, wobei nach der offiziellen Version diese Schusswaffen zuerst von Demonstranten gebraucht wurden.

Es ist sicherlich nicht von ungefähr, daß in der letzten Zeit in der Presse Berichte besonders herausgestellt werden, in denen von jugendlichen Gewalttaten und Verbrechen die Rede ist. So hat man im Gebiet von Stadt Saar in der böhmisch-mährischen Höhe drei Jugendliche im Alter von 14, 15 und 16 Jahren festgenommen, die das Sprengstofflager einer Fabrik ausgeräumt und dann Sprengstoffanschläge gegen das Rathaus einer Gemeinde und gegen die Sparkassenfiliale in einer anderen Gemeinde verübt hatten. Man vermutete zuerst professionelle Kassenräuber. Die Tatsache jedoch, daß es sich um drei Lehrlinge handelte, hat in weiten Kreisen der Öffentlichkeit alarmierend gewirkt. Man weiß, daß es gerade Jugendliche sind, die sich in Prag und anderen Städten als nächtliche Entführer von Autos betätigen, die sie nach dem Verbrauch des Benzins dann nicht nur irgendwo stehen lassen, sondern dabei aus den Autos auch alles mitnehmen, was ihnen besitzenswert erscheint. Daneben sind schon zahlreiche jugendliche Banden ausgehoben worden, die sich auf Wohnungseinbrüche oder auf die Ausplünderung von Wochenendhäuschen spezialisiert hatten.

In den Zeitungskomentaren und insbesondere in den Leserbriefsätzen der Zeitungen werden schon seit langer Zeit sehr ernste Betrachtungen darüber angestellt, ob in den Schulen, an den höheren Lehranstalten und Hochschulen sowie in den Internaten für die Lehrlinge

alles getan werde, um die Jugend zu anständigen und pflichtbewußten Mitbürgern einer volksdemokratischen Gesellschaft zu erziehen. Umstritten sind auch die geltenden Strafvorschriften, deren Bewährungsfristen bei Jugendlichen zu einem solchen Ausmaß von Rückfällen geführt haben, wie es in der "kapitalistischen Zeit" niemals verzeichnet wurde. Wenn jetzt im Gefolge der Ereignisse um den 21. August das Prager Schulministerium für die CSSR an die Schulbehörden eine sehr ernste und energische Kundmachung erlassen hat, so darf neben der politischen Tendenz dieser Richtlinien für die Erziehung der Schuljugend nicht übersehen werden, daß die derzeitige Schulerziehung im allgemeinen dem Prager Schulministerium große Sorge bereitet.

Die Grundtendenz der Erziehung in der Schule soll nach Ansicht des Schulministeriums darin bestehen, die Jugend für das Leben und die Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft zu erziehen. Von einer erfolgreichen Arbeit der Schulen werde in bedeutendem Maße auch die weitere Entwicklung des Staates abhängen. Nach mehr als 20 Jahren Volksdemokratie sind das jedenfalls Feststellungen, die den Effekt der bisherigen Schulerziehung eher negativ als positiv beurteilen. Auf breiter Front greift dann das Prager Schulministerium die negativen Einflüsse an, die sich im letzten Schuljahr im Schulwesen bemerkbar gemacht hätten, als die Schulen ihre Aufgaben "in einer unruhigen politischen Atmosphäre" zu erfüllen hatten. Es sei nicht nur die marxistisch-leninistische Erziehung (insbesondere bei den Studenten) geschwächt worden, auch der Klassencharakter des Staates sei "nicht richtig begriffen" worden. Als notwendig wird erachtet, die persönliche Verantwortlichkeit der Direktoren und Inspektoren für Erziehung und Bildung sowie für Ordnung, Arbeits- und Studiendisziplin sowie Einhaltung der Schulnormen zu erhöhen.

Mit Nachdruck wird die Vertiefung der internationalen Erziehung und der Beziehungen und des Verständnisses der Sowjetunion hervorgehoben. Von allen Lehrern wird erwartet, daß sie die Jugend zur Erneuerung der traditionellen Freundschaft zur Jugend und zum Volke der UdSSR hinführen, daß es wieder zu Schul-Freundschaften kommt. Das sei allerdings keine kurzfristige Aufgabe und könne nicht auf administrativem Wege gelöst werden. Daneben aber kehren die Richtlinien immer wieder zu der Notwendigkeit zurück, daß außer der staatsbürgerlichen und internationalen Erziehung die Formung der Erkenntnisse und des Weltanspruchs bei Schülern, Studenten und Lehrlingen Weltformat haben müsse, auch wenn davon auszugehen sei, daß dieses Bildungsniveau stets dem Alter zu entsprechen habe. Keine Frage: die Jugend in der CSSR soll härter und energischer als bisher angefaßt werden.